

Um dem Vorgehen Russlands auf der Krim zu begegnen, hat die NATO 2014 die sogenannte schnelle Speerspitze gegründet. Anfang 2019 wird Deutschland abermals eine führende Rolle übernehmen. Doch angeblich fehlen der Bundeswehr Panzer und warme Unterhosen.



Foto: 123RF/Niphon Chaiburorn

Marschieren bis zum K. o.

Erneut Skandal im Zentrum für Spezielle Operationen

Weil Soldaten bei der Ausbildung am skandalträchtigen Standort Pfullendorf (Baden-Württemberg) abermals über Gebühr befordert worden sind, ermittelt die Bundeswehr nun erneut in der Kaserne. Ein Sprecher des Heeres bestätigte eine entsprechende Meldung auf »Spiegel Online«. Die Staatsanwaltschaft prüft, ob strafbares Verhalten vorliegt, erklärte ein Sprecher der zuständigen Behörde in Hechingen gegenüber dpa. Das Verteidigungsministerium kommentierte die laufenden Ermittlungen zunächst nicht.

Nach Angaben der Bundeswehr fand beim Ausbildungszentrum Spezielle Operationen Anfang Januar ein Geländelauf statt, den sechs Soldaten aufgrund von körperlicher Erschöpfung oder Verletzung abbrachen. Ein Soldat sei vorsorglich zur weiteren medizinischen Behandlung in ein Krankenhaus gebracht worden. »Das Heer nimmt den Vorfall sehr ernst und ist dabei, die Umstände, die dazu führten, umfassend zu ermitteln«, teilte ein Sprecher des Heeres mit. Ein verantwortlicher Ausbilder wurde bereits von seiner Aufgabe entbunden.

Die Bundeswehr musste mehrfach in der Pfullendorfer Staufer-Kaserne ermitteln, nachdem Anfang 2017 Berichte über angebliche sexuell-sadistische Praktiken bekannt geworden sind. Darüber hinaus ging es um qualvolle Aufnahme- und Vernehmungsmethoden. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte die Vorgänge als »abstoßend und widerwärtig« bezeichnet. Wegen der Aufnahme- und Vernehmungsmethoden wurden vier Soldaten entlassen.

Die Grünen-Verteidigungspolitikerin Agnieszka Brugger knüpfte eine Verbindung zwischen der aktuellen Meldung aus Pfullendorf und einem Ausbildungsmarsch in Munster (Niedersachsen). Dabei waren am 19. Juli mehrere Offiziersanwärter kollabiert, einer starb später offenbar an den Folgen eines Hitzschlags.

Matthias Höhn von der Linksfraktion meint: Angesichts solcher Vorfälle wundere es nicht, »dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Bundeswehr seit Jahren kontinuierlich auf inzwischen 45 Prozent sinkt«. Auch das, so Höhn, gehöre zur »Bilanz von vier Jahren von der Leyen im Bendlerbock«. *hei*

Wer strickt warme Socken für Soldaten?

Von der Leyen lässt Soldaten frieren – und ähnlich nützliche Halbwahrheiten über den Zustand der Bundeswehr

Trotz erheblicher Reformanstrengungen hat sich der Zustand der Bundeswehr nicht verbessert, klagt der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD). Von der Leyen bringt es eben nicht, jubeln ihre Kritiker.

Von René Heilig

»Gut gerüstet für die Zukunft«, steht auf dem Umschlag bunter Werbeproschüren. Dabei wird die Bundeswehr immer mehr zur Lachnummer, behaupten Kritiker und drehen derzeit Woche für Woche an der Kritikschraube. Es fehle an allem. Zu wenig Personal, kaputttes Material und nicht genügend Geld. Sturmgewehre schießen nicht geradeaus. Panzer stehen herum, weil Ersatzteile fehlen. Sämtliche U-Boote haben seit Monaten Auslaufverbot. Jüngst saßen Soldaten tagelang in Afrika fest, weil man sie nicht vom Einsatz heimfliegen konnte. Nicht einmal genügend Ein-Mann-Rationen soll es geben. Dafür werden Tornado-Jets mit falschem Sprit gefüttert. Insbesondere Hubschrauberpiloten fehlten notwendige Flugstunden. Die Mangelwirtschaft bei den Drehflüglern war sogar schon der »Washington Post« eine fette Schlagzeile wert. Ist ja auch nicht einfach zu verstehen, wieso die »Germans« auf kleinen gelben Rettungshubschraubern eines Verkehrsclubs ausgebildet werden müssen.

In einem Beitrag der »Welt« hieß es jüngst, Deutschland habe große Probleme, Zusagen an die NATO zu erfüllen. Zwar soll die Bundeswehr die Führung der als NATO-Speerspitze bekannten Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) übernehmen, jedoch fehle es dafür an Ausrüstung. Die als Leiteinheit vorgesehene Panzerlehrbrigade 9 in Munster hat – laut einem internen Papier der Heeresführung – nur neun einsatzbereite Leopard-2-Kampfpanzer. 44 sollten es sein. Und von den benötigten 14 Marder-Schützenpanzern seien nur drei ohne Mangel. Weil eben Mangel an Ersatzteilen besteht. Gesucht werden Nachtsichtgeräte, Granatmaschinenwaffen, sowie Winterbekleidung und Schutzwesten.

Der Aufschrei, den die zugesteckten Papiere auslösen sollten, blieb erst einmal aus. Also lud die »Rheinische Post« nach und schrieb über fehlende Schutzwesten, zu wenig Winterbe-

kleidung und Zelte, die für den vereinbarten VJTF-Einsatz fehlen.

Beim zweiten Anlauf klappte das mit der Empörung. Vor allem aus dem bürgerlichen Lager werden nun Attacken geritten. Die Unzufriedenheit mit der Amtsführung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) wächst. Sie kümmere sich zu viel um »abseitige« Dinge wie Traditionspflege oder mehr Kitas in der Truppe, raunt es. Im Hintergrund lauerte die Frage: Wie ernst meint es die Ministerin mit der gerade von ihr betonten Aussage, Deutschland wolle größere Verantwortung in der Weltarena übernehmen? Kann man dem NATO-Partner Deutschland überhaupt noch trauen? Will von der Leyen gemeinsam mit Frankreich gar in der EU ein Konkurrenzunternehmen züchten? Manche wollen sie auf den Posten eines NATO-Generalsekretärs weglophen, denn da steht sie direkt unter der Fuchtel der USA.

Es drohen Terrorismus und allerlei Kriege, die die Vorherrschaft des Westens beeinträchtigen könnten. Klimawandel führt zu gravierenden politischen und wirtschaftlichen Umbrüchen in der Welt. Man will Migration fernhalten, deshalb entsteht in Afrika ein Sperrriegel. Die NATO legt sich wieder mit Russland an und wagt sich dabei weit nach Osten vor. Deutschland führt die NATO-Truppe in Litauen an. Auf der Sicherheitskonferenz, die am vergangenen Wochenende in München stattgefunden hat, wurde China als neue alte Gefahr ausgemacht.

Man braucht verlässliche Leute im Berliner Bendler-Block, denn das Gefährdungsspektrum für Deutschland und seine Verbündeten sei breiter und unberechenbarer geworden, hörte man in München. Nur moderne und leistungsfähige Streitkräfte können da bestehen. Was also ist nun mit der versprochenen Trendwende bei Personal, Material und bei den Finanzen? Offenkundig ist von der Leyen ja nicht einmal in der Lage, ihrer Fürsorgepflicht gegenüber den Soldaten gerecht zu werden. Sonst würde sie nicht als Außenministerersatz durch die Welt reisen, sondern warme Socken für die Ostfrontkämpfer stricken.

Versorgungslücken, zumal bei wichtigen NATO-Vorhaben, »können und werden wir nicht akzeptieren«, versichert SPD-Verteidigungsexperte

Fritz Felgentreu. Der CSU-Bundestagsabgeordnete Florian Hahn verlangt, die Materiallücken zu schließen, so wie es im Koalitionsvertrag festgeschrieben sei. Von einem Skandal spricht Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Die Frau, aus der die FDP eine Verteidigungsexpertin machen möchte, poltert: »Dass selbst die Basisausrüstung wie Schutzwesten und Winterbekleidung fehlt, zeigt, in welchem erbärmlichen Zustand die Bundeswehr inzwischen runtergespart wurde«. Ihre Fraktion hat für die Sitzung des Verteidigungsausschusses am 21. Februar die Einsetzung eines Unterausschusses beantragt. Ganz so weit gehen die Grünen nicht. Sie wollen lediglich, dass von der Leyen im Ausschuss zu den »neuen« Mängeln bei der Bundeswehr »Stellung nimmt«.

Auch Matthias Höhn, sicherheitspolitischer Sprecher Linksfraktion, bestreitet nicht, »dass es Ausrüstungsmängel gibt«. Sie seien jedoch nicht die Folge von zu wenig Geld, sondern von der grundlegend falschen Ausrichtung der Bundeswehr. »Wer die Übernahme von globaler Verantwortung mit ständig neuen Militäreinsätzen verwechselt und sich sowohl in der NATO als auch in der EU als militärische Führungsmacht profilieren will, der braucht sich nicht wundern, wenn er sich am Ende verzettelt.« Fraktionskollege Alexander Neu vermutet, dass es letztlich nur darum geht, noch mehr Geld zu verlangen, damit man auf die von der NATO beschlossenen zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Militärausgaben kommt.

Die eingeleiteten Trendwenden müssten »deutlich mehr Fahrt aufnehmen«, sagte der Wehrbeauftragte am Dienstag und berichtete, viele Soldaten seien »überlastet und frustriert«. Stimmt, bestätigt Generalinspekteur Volker Wieker. Der oberste aller deutschen Soldaten, der eigentlich leise Töne mag, ist sauer, dass jemand daran interessiert ist, »Einzelaspekte hochzuziehen«, die das Gesamtbild verzerren. In der Tat bietet die Truppe »ein grottenschlechtes Erscheinungsbild«. Jedenfalls in den Medien. Derartige negative Berichte färben ab auf die Stimmung. Er sei fern von jeder Medienschelte, doch wer genauer hinschaue, komme zu einem anderen Bundeswehr-Befund, meint Wieker. Man sei zwischen Afghanistan und Mali in 15 Einsätzen

gebunden. Darüber, wie die daran beteiligten 15 000 Soldatinnen und Soldaten ihren Auftrag erfüllen, gebe es keine Klagen. »Mir jedenfalls sind sowohl in Deutschland als auch von unseren Verbündeten keine Klagen zu Ohren gekommen«, betont Wieker.

Was den Zustand der für die VJTF vorgesehenen Truppe betrifft, so versucht er gleichfalls zu beruhigen. Deutschland habe sich – so wie bereits 2015 – im Rahmen der NATO bereiterklärt, für das Jahr 2019 die Führung der sogenannten schnellen Speerspitze zu übernehmen. Deren Einsatz gliedert sich in drei Phasen. Die erste ist die Vorbereitungs- und

»Mir jedenfalls sind sowohl in Deutschland als auch von unseren Verbündeten keine Klagen zu Ohren gekommen.«

Volker Wieker, Generalinspekteur

Aufstellungsphase. Dazu dient das Jahr 2018. Im Jahr 2019 steht die Bundeswehr gegenüber dem Bündnis mit ungefähr 10 000 deutschen Soldatinnen und Soldaten in der Pflicht. 2020 setzt dann eine Stand-down-Phase, also eine Art Abtrainieren ein. Derzeit gehe es darum, festzustellen, was man bereits hat und was noch beschafft werden muss. Ab dem Sommer beginne man dann mit der verstärkten Ausbildung. Im Winter werde die Bereitschaft der Truppen getestet. Dazu gebe es für einen kleinen Teil der Soldaten eine Stabsübung in Nord-Norwegen. 14 Tage dauere die und nur für diesen engen Zeitraum brauche man zusätzliche Winterbekleidung sowie spezielle Zelte. Im alltäglichen Dienst, den die Soldaten dann – so nichts politisch Gravierendes geschieht – weiter in ihren angestammten deutschen Garnisonen verrichten, reiche die normale Winterbekleidung. Die ist bis minus 19 Grad ausgelegt.

Und was ist mit der ungenügenden technischen Bereitschaft? Es stimme, die Ausfallrate bei Panzern und Panzerfahrzeugen sei hoch, hört man aus dem Verteidigungsministerium. Das

aber habe mit der Verdopplung von Ausbildungs- und Übungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr zu tun. In nur neun Monaten seien die Marder-Schützenpanzer bei elf größeren Übungen eingesetzt gewesen. Die Leopard-Panzer mussten im vergangenen Jahr ein Dutzend Mal über Übungsfelder jagen. Dass sich so ein Übungsstress negativ auf das Material auswirkt, sei logisch. Laut einer Aufstellung des Verteidigungsministeriums wird sich die Bundeswehr 2018 mit dreimal so vielen Soldaten an Militärmanövern zur Abschreckung Russlands beteiligen wie 2017. Für Übungen im östlichen und nördlichen Bündnisgebiet sind 12 000 Soldaten eingeplant. Kostenpunkt: 90 Millionen Euro. 2017 gab man 50 Millionen Euro aus und schickte 4000 Soldaten zu derartigen Übungen.

Grundsätzlich aber gehe es bergauf bei der Beschaffung von Waffen und Gerät. In der vergangenen Legislaturperiode habe man 77 sogenannte 25-Millionen-Vorlagen für Rüstungsprojekte durch das Parlament gebracht. In der vorangegangenen Regierungsperiode waren es »nur« 31. Bis 2030 werde man – wie beschlossen – 130 Milliarden Euro mehr für Rüstungsprojekte zur Verfügung haben. Das ist offenbar nicht ganz die Summe, die von der Leyens Rüstungsexperten selig machen würde, doch wichtiger als vorlaute Forderungen zu stellen, sei es, »Hausaufgaben« zu erledigen. Gemeint ist, man will das Parlament über den Tisch ziehen, um – neben Änderungen in der Organisation der Rüstungsplanung – ein anderes Vergaberecht sowie die variable Verfügbarkeit freier Finanzmittel über die haushalterische Jahresgrenze hinaus durchzusetzen. Zudem hofft man, die zwingend vorgeschriebene Mitsprache des Parlaments bei Beschaffungsvorhaben ab 25 Millionen Euro beschneiden zu können.

Für den Augenblick hoffen die Rüstungsplaner erst einmal, dass die SPD-Mitglieder mehrheitlich für eine Große Koalition stimmen. Denn so lange keine ordentliche Regierung installiert ist, gibt es keinen ordentlichen Haushalt für 2018. Das geltende Haushaltsrecht begrenzt mögliche Ausgaben. Dabei, so ist zu hören, habe man schon jetzt eine »hohe zweistellige Anzahl« von 25-Millionen-Vorlagen im Schubfach.